Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 83.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 279 | Sonnabend, den 30. November 1918 | 13. Jahrgang

Der 16. Februar 1919 Wahltag für die deutsche Nationalversammlung.

Mündig!

Nicht schnell genug kann das deutsche Volk und besonders die Bürgerschaft sich über seine Lage, seine Rechte und Pflichten klar werden!

Es steht da wie der Erbe eines riesigen aber sehr verwickelten Unternehmens, dem am Tage der Mündigkeitserklärung der Onkel Vormund gestorben ist. —

Nun steht er da, dieser reiche Erbe, freut sich teils über den gewaltigen Besitz, über die Befreiung von der Vormundschaft, weint im Stillen dem alten guten Onkel eine Träne nach — und hat vor allem anderen eine unheimliche Angst vor der Zukunft!

Denn der Onkel Vormund hatte eine gut gemeinte aber gefährliche Spekulation versucht, die schief ging — und ein Proteststreik regte ihn gerade bei der Liquidation derartig auf, daß er einem plötzlichen Schlaganfall erlag.

Nun türmt sich um den unerfahrenen Erben ein Berg von Verträgen, Gewerkschaften, Verpflichtungen — und er weiß kaum, was damit anzufangen. Unterdessen stürmen hundert Ratgeber mit grundstürzenden Organisationsprojekten, einige alte Freunde, die es ehrlich mit ihm meinen, auf ihn ein mit guten, ja mit ausgezeichneten aber einander widersprechenden Ratschlägen.

Und in seinen weitläufigen Betrieben wird zwar gearbeitet, aber ohne daß ein Gesamtüberblick möglich wäre. Täglich verschlingt der aus den Fugen geratene Betrieb ein unheimliches Geld und es ist keiner da, der Rat schaffte.

In dieser Lage — nicht um ein Haar besser — befindet sich das deutsche Volk, befindet sich die Bürgerschaft! — Da heißt es vor allem: ruhige Nerven und klaren Kopf!

Am meisten vor allem sind die Bürger dazu verpflichtet, denn sie sind auch heute noch der Kopf im Volke, und müssen sehen, daß die Ereignisse dem Volke nicht „über den Kopf wachsen"!

Die Grundlage für alles übrige ist die Rechtsfrage.

Der Vormund ist gestorben, ohne eine geordnete Abrechnung zu geben, ohne den Erben über seine Rechte und Pflichten aufzuklären, oder ihn gar in seine Rechte einsetzen zu können. —

Bisher hatte der Onkel Vormund nach besten Kräften, wenn auch oft falsch und nutzlos — die Geschäfte des unmündigen Erben verwaltet, wobei er vom Vormundschaftsgericht (d. h. vom Reichstag) kontrolliert wurde. — Der Erbe hatte einfach zu gehorchen.

Nun aber muß das Volk seine Geschicke selbst in die Hand nehmen. — Einen Vormund kann es sich nicht mehr suchen, denn es ist mündig geworden, es muß sich einen Verwalter bestellen.

Da liegt das nun. Der Vormund, — die alte Regierung —, schrieb vor, was das Volk zu tun und zu lassen hatte, wenn er auch gewärtig sein mußte, vom Vormundschaftsrichter zur Verantwortung gezogen zu werden, — nun hat das mündige Volk zu bestimmen, was der Verwalter zu tun hat. — Das Vormundschaftsgericht beschützte das Wohl des Mündels, nun hat das Volk seine Handlungen nur noch sich selbst zu verantworten.

Was das Volk nun auch beschließt, die Regierung muß es ausführen, ob es zum Verderben oder Gedeihen des Volkes ausschlägt, gleichviel. — Darum muß das Volk nun seinen Willen klar äußern, damit der von ihm bestellte Verwalter nichts tun kann, was es nicht nach reiflicher Ueberlegung beschlossen hat.

Der Wille eines Volkes aber wird durch die „Mehrheiten" bei den Wahlen ausgedrückt, gleichviel ob es sich um Reichs-, Landes- oder Gemeinde-Wahlen handelt.

Darum ist die erste Pflicht jedes Volksgenossen, seine Stimme dafür abzugeben, was er für Recht hält. — Der überzeugte Unabhängige soll für die Unabhängigen, der Mehrheitssozialist für die Sozialdemokratie, — der bürgerliche aber mit Frau und mündigen Töchtern und Söhnen muß für die bürgerlichen Parteien seine Stimme abgeben. — In dieser Zeit, im Uebergang von der Vormundschaft zur Mündigkeit, wird des deutschen Volkes Zukunft für immer festgelegt, — Schande über jeden, der sich nicht zu seiner Partei bekennt! — Keiner darf fehlen! — Selbst die Siechen und Kranken, alle müssen kommen! —

Dann werden auch die, die heute in der Zeit des Ueberganges, eigensüchtig am Erbe des deutschen Volkes freveln, uns nichts anhaben können! Eines muß klar vor unseren Augen stehen: Wir sind mündig geworden. Wir lassen uns von niemand etwas vorschreiben, als von uns selbst!

Dem Landst.-Batl. XIX|31 zum Gruße.

A. Seit Tagen schon hat die Stadt Aue in dieser bitterernsten Zeit ein festliches Gewand angelegt. Kränze schmücken die Häuser, Fahnen flattern im Winde und am Eingange zur Bahnhofstraße entbietet eine Ehrenpforte den Willkommensgruß der Stadt und ihrer Einwohner. Den aus dem Felde heimkehrenden Söhnen der Stadt Aue gelten diese Vorbereitungen in erster Linie, damit sie erkennen, daß die Heimat ihrer in den vier langen Kriegsjahren nicht vergessen hat. „Seid willkommen daheim!" — so rufen die wehenden Fahnen den Auer Kriegern zu, die Gedanken der Einwohnerschaft Aues haben ja stets bei Euch geweilt, während Ihr draußen vor dem Feinde unser Heim und Herd beschütztet. Nun kehret Ihr zurück zu den Euren, um nach so langer Trennung mit ihnen wieder gemeinsam den Segen der Heimat zu teilen! O, Ihr Glücklichen, die Ihr wieder Eure Lieben in die Arme schließen dürft, denn, ach so Viele mußten für's Vaterland ihr Herzblut vergießen; sie deckt in feindlichem Lande der kühle Rasen — — — Ihr Heimkehrenden, preist das gnädige Geschick, das an Euch das Wort des alten Soldatenliedes erfüllt: „In der Heimat, in der Heimat, da gibt's ein Wiedersehn!"

Das verkündet der Schmuck der Stadt den aus dem Felde heimkehrenden Auer Kriegern. Aber nicht minder bietet er diesen süß-wehmütigen Willkommensgruß dem Landsturm-Infanterie-Bataillon XIX/31 (Leipzig), das heute, am Sonnabend in den Abendstunden in Aue einrückt, um hier zur Auflösung und Entlassung zu kommen. Das Bataillon kommt aus dem Westen zu uns als Gast, von der blutgetränkten Erde Flanderns, wo es sechzehn Monate lang im Dienste des Vaterlandes stand unter Führung des Hrn. Major Winkler. Am 18. Juli 1917 war es aus Angehörigen der verschiedensten Truppenteile des 19. Armeekorps in Leipzig zusammengestellt worden, um alsdann im Truppenlager Zeithain auf den Dienst im Felde vorbereitet zu werden. Von Zeithain aus wurde am 1. August, also 14 Tage später, die Fahrt in's Feld angetreten, die das Bataillon zunächst an die belgisch-holländische Grenze führte, wo die Kompagnien im Wachtdienst, im Stellungsbau usw. beschäftigt wurden. War das Bataillon somit auch nicht direkt am Feinde, so war es doch eine ebenso verantwortungsreiche wie anstrengende Aufgabe, die ihm zufiel, deren es sich aber mit tadelloser Gewissenhaftigkeit und strengstem Pflichtgefühl entledigte. Indessen sollte es auch in gefährlicherer Stellung sich bewähren. Als es im Frühjahr 1918 nach Gent und Umgebung übergesiedelt war, versah z. B. die 1. Kompagnie längere Zeit Dienst im Kemmelgebiet, wobei es in der Feuerzone tätig war. Und als zu Anfang dieses Monats die Stadt Gent in's Operationsgebiet gerückt war, da war es das Landst.-Batl. XIX/31, das, gemeinsam mit einem anderen Landst.-Batl., bis zum letzten Augenblick in der vom Feinde bedrohten Stadt ausharrte. Die Maschinengewehr-Kompagnien des Bataillons waren in den letzten Wochen des Krieges in die Front eingesetzt — das Bataillon kann also mit gerechtfertigter Genugtuung auf sein zwar kurzes, aber von vollstem Pflichtbewußtsein getragenes Bestehen zurückblicken.

Nun, nach dem beschwerlichen Rückmarsche aus Belgien trifft das Bataillon heute in Aue ein, wo es — dessen sind wir gewiß — von der Einwohnerschaft gern und freudig aufgenommen werden wird. Für etwa zehn Tage ist sein Hiersein berechnet, nach dieser kurzen Zeit wird es der Vergangenheit angehören. Die letzten Tage seines Bestehens aber sollten ihm in unserer Stadt Aue zur angenehmsten Kriegserinnerung werden. In diesem Wunsche, der zur Tatsache werden möchte, rufen auch wir dem Landst.-Batl. XIX/31 von Herzen den alten erzgebirgischen Gruß zu:

Willkommen in Aue! Glück auf!

Wer ist Schuld am Weltkriege?

Deutschland schlägt eine neutrale Kommission vor.

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der Schweizer Regierung folgende Note an die englische, französische, belgische, italienische und amerikanische Regierung übermittelt:

Für die Herbeiführung des Weltkrieges, für die Schaffung dauernder Sicherheit gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander scheint es dringend geboten, die Vorgänge, welche zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Hergänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker, ist die einzig mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker. Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde und aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilsspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Mächte müßten sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Geschicke der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweiserhebung von Bedeutung sein könnten.

(Die Entente wird natürlich diesen Vorschlag ablehnen und dadurch zeigen, daß sie mehr als wir Ursache hat, unwillkommene Feststellungen zu verhüten. Die Red.)

Kein Friedensangebot!

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist zu keinem Zeitpunkt des Krieges von feindlicher Seite amtlich oder in hinreichend beglaubigter Form mit einem Friedensangebot an uns herangetreten worden.

Gerüchte über Kündigung des Waffenstillstandes.

Berlin durchschwirrt seit einigen Tagen, gestern in besonders bestimmter Form, das Gerücht, Marschall Foch beabsichtige den Waffenstillstand zu kündigen. An amtlicher Stelle ist darüber nichts bekannt geworden. Die Gefahr besteht aber allerdings, daß die Franzosen den Waffenstillstand brechen, um weiter in Deutschland vorrücken zu können. Der Ruf „A Berlin!" wird bereits auf französischer Seite wieder laut. In Elsaß-Lothringen spielen sich die Franzosen so auf, als ob die Lande bereits französisches Gebiet seien, während tatsächlich über deren Schicksal doch erst bei den Friedensverhandlungen entschieden werden soll.

Es wird ferner mitgeteilt, daß höhere französische Offiziere, die sich in Elsaß-Lothringen aufhielten, an die Regierungsinstanzen der Pfalz und Rheinhessens die Anfrage haben stellen lassen, ob sie nicht gewillt seien, sich unter französische Herrschaft zu stellen. Eine Antwort ist selbstverständlich auf diese Anfrage nicht erteilt worden.

Der „Gewaltfrieden" nach dem Matin.

Nach dem „Matin" soll eine Friedenskonferenz, an der Sieger und Besiegte teilnehmen, nicht stattfinden, da eine solche Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. Deutschland würde auf der Anklagebank sitzen und keine beratende Stimme haben. Frankreich und seine Verbündeten würden ihm den Frieden diktieren. Das gleiche gelte für Bulgarien und die Türkei. Wenn die Bedingungen des Waffenstillstandes erfüllt sein würden, würden die Alliierten die Bedingungen veröffentlichen, unter denen sie bereit seien, den Frieden zu unterzeichnen. Mit der Unterzeichnung des Vorfriedensvertrages kehre ohne weiteres der Friedenszustand zurück. Der unsichere staatliche Zustand Deutschlands zwinge jedoch die